

## INHALT

1. Ministerpräsident missachtet Parlamentswillen
2. Fraglicher Umgang der Landesregierung mit Kritik aus eigenen Reihen
3. Altersdiskriminierung bei Beamtenbesoldung
4. Landesbischof Ulrich zu Gast bei der CDU Fraktion Schleswig-Holstein
5. Streichungspläne der Landesregierung bei der Polizei
6. Beratung des Grünlandumbruchgesetzes verschoben
7. Landtagsvorschau

20.09.2013

### Ministerpräsident missachtet Parlamentswillen

**Landesregierung stellt Parteiinteressen über Willensbekundung des Landtags**



CDU-Fraktionschef Johannes Callsen, MdL

Der Bundesrat traf sich heute (20. September 2013) zu seiner turnusmäßig letzten Sitzung vor der Bundestagswahl. Auf der Tagesordnung standen dabei auch etliche bereits vom Bundestag beschlossene Gesetze. Darunter auch das „Gesetz zur Verbesserung der Kontrolle der Vorstandsvergütungen und zur Änderung weiterer aktienrechtlicher Vorschriften (VorstKoG), mit dem künftig Aktionäre die Managergehälter auf der Hauptversammlung festlegen können.

SPD und Grüne hatten im Vorwege angekündigt dieses Gesetz aus wahltaktischen Gründen im Bundesrat scheitern zu lassen. Auch Ministerpräsident Albig folgte dieser Parteilinie und stimmte mit den Stimmen Schleswig-Holsteins gegen das Gesetz, obwohl sich der Landtag ausdrücklich für eine Begrenzung von Managergehältern durch die Hauptversammlung

ausgesprochen hatte.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen, bezeichnete das Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat als klare Missachtung des Parlamentswillens:

„Klarer kann ein Ministerpräsident den Parlamentswillen nicht missachten. Ministerpräsident Albig hat kurzfristige Parteiinteressen über eindeutige und einstimmige Willensbekundungen des Landtages gestellt. Der im Bundesrat abgelehnte Gesetzentwurf hätte den Beschluss des Landtages wortgetreu umgesetzt. Darüber muss im Landtag gesprochen werden“, so Callsen.

CDU-Fraktionschef Callsen erinnerte daran, dass es der SPD Landes- und Fraktionschef Stegner selbst war, der in der vergangenen Wahlperiode sogar für ein Weisungsrecht des Landtages gegenüber der Landesregierung gerade bei Bundesratsabstimmungen gefordert hatte.

„In der nun von der FDP-Fraktion zu Recht beantragten Aktuellen Stunde für die Landtagssitzung in der kommenden Woche muss Herr Stegner jetzt Farbe bekennen. Die von der Landesregierung heute unterstützte Position widerspricht dem Beschluss des Landtages eindeutig“, so Callsen.

Die vom Regierungssprecher abgegebene Begründung, es habe neue Erkenntnisse gegeben, wonach die Mehrheit auf Aktionärsversammlungen häufig von Banken und Großaktionären gestellt würde, sei an Lächerlichkeit nicht mehr zu überbieten. „Das ist seit Gründung der Börse so. Die Landesregierung muss sich hier bis zur Aktuellen Stunde in der kommenden Woche eine bessere Ausrede ausdenken“, so Callsen abschließend.

---

### **Fraglicher Umgang der Landesregierung mit Kritik aus eigenen Reihen Minister erklären Bedenken offensichtlich ohne Rücksprache mit Betroffenen für ausgeräumt**



Petra Nicolaisen, MdL

Auf Antrag der CDU-Fraktion sollten sich der federführende Wirtschaftsminister Meyer, sowie Innenminister Breitner und Justizministerin Spoorendonk auf der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am vergangenen Mittwoch (18. September 2013) der Kritik aus ihren eigenen Häusern zum geplanten Korruptionsregister stellen.

Bedenken hatten unter anderem der Generalstaatsanwalt und das Landeskriminalamt (LKA)

erhoben. Diese Bedenken aus der Anhörung waren nicht im laufenden Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt worden.

Justizministerin Anke Spoorendonk betonte im Ausschuss, ihr Generalstaatsanwalt habe seine Stellungnahme als Sachverständiger abgegeben. Sie glaube jedoch dem Wirtschaftsminister, der behauptete, dass alle Bedenken ausgeräumt seien. Spoorendonk konnte auch auf Nachfrage dem Ausschuss keine Auskunft darüber erteilen, ob mit dem Generalstaatsanwalt über seine Bedenken gesprochen wurde, bevor diese für ausgeräumt erklärt wurden.

„Die Justizministerin hat ihren Generalstaatsanwalt heute der Lächerlichkeit preisgegeben. In ähnlicher Weise gilt dies für Innenminister Breitner und seinen Staatssekretär“, erklärte die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen im Anschluss an die Ausschusssitzung.

Dem LKA und dem Staatssekretär im Innenministerium, Bernd Küpperbusch, bescheinigte Wirtschaftsminister Meyer, den Gesetzentwurf missverstanden zu haben. Auch Innenminister Andreas Breitner erklärte daraufhin die Bedenken seines Hauses für ausgeräumt.

Schockiert über den Umgang mit der Kritik aus den eigenen Reihen zeigte sich Innenexpertin Petra Nicolaisen im Anschluss an die Sitzung. „Unklar bleibt, ob der Wirtschaftsminister selbst tatsächlich mehr Rechtsverständnis hat, als die Fachleute in Innen- und Justizministerium. Welcher Beamte soll denn in dieser Landesregierung künftig noch auf rechtliche und fachliche Bedenken hinweisen, wenn Fachleute auf diese Art und Weise abgebügelt werden?“, fragte Nicolaisen.

Link zur Stellungnahme des LKA:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/1500/umdruck-18-1520.pdf>

Link zur Stellungnahme des Generalstaatsanwalts:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/1500/umdruck-18-1552.pdf>

---

## **Altersdiskriminierung bei Beamtenbesoldung** **Landesregierung kündigt Vereinbarung mit Polizeigewerkschaft einseitig auf**



Astrid Damerow, MdL

Nach erneuter Berichterstattung in unterschiedlichen schleswig-holsteinischen Medien (unter anderem NDR Schleswig-Holstein Magazin vom 18. September 2013) verurteilte die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Nicolaisen, das Vorgehen der

Landesregierung im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren über die Zulässigkeit der Beamtenbesoldung nach Altersstufen.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte die Staffelung der Beamtenbesoldung nach dem Lebensalter bereits 2009 gerügt. Knapp 2000 Beamte legten daraufhin Widerspruch beim Finanzverwaltungsamt ein und forderten eine Nachzahlung ihres entgangenen Gehaltes. Landesregierung und Polizeigewerkschaft hatten sich daraufhin auf ein Musterverfahren zur beidseitigen Klärung des Sachverhalts geeinigt und die Widersprüche bis dahin auf Eis gelegt.

Diese Vereinbarung wurde nun einstig durch die Landesregierung gekündigt. „Die Aufkündigung der Absprache zwischen der Landesregierung und der GdP zeigt: Für SPD, Grüne und SSW sind die Beamten nicht länger Partner, sondern Gegner. Die Finanzministerin zwingt nun knapp 2000 Beamte dazu, entweder auf Geld zu verzichten oder persönlich gegen ihren Dienstherrn vor Gericht zu ziehen. So geht man mit den eigenen Leuten nicht um“, erklärte Damerow dazu in Kiel.

Offensichtlich bedürfe die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Altersstaffelung in der Beamtenbesoldung einer juristischen Klärung. Da sei es für beide Seiten fair, ein Musterverfahren anzustrengen. Sowohl Land, als auch die beschäftigten hätten ein gemeinsames Interesse an klaren Verhältnissen.

Der Staatssekretär im Finanzministerium, Thomas Losse-Müller, habe im Finanzausschuss am 23. Mai 2013 erklärt, das Ministerium gehe davon aus, dass nicht alle Beamten Klage einreichen und damit weniger Mehrkosten entstünden.

„Die Landesregierung setzt mit diesem Vorgehen gezielt darauf, dass ihre Beamten den Klageweg scheuen und will auf diesem Weg Geld sparen. Das ist unanständig“, so Damerow abschließend.

---

### **Landesbischof Ulrich zu Gast bei der CDU Fraktion Schleswig-Holstein Gespräche mit der Nordkirche sollen künftig regelmäßig stattfinden**



Fraktionschef Callsen, Bischof Ulrich und Bischofsvertreter Maggaard

In dieser Woche war Landesbischof Gerhard Ulrich gemeinsam mit Bischofsvertreter Gothard Maggaard zu Gast in der Sitzung der CDU-Fraktion. Die gemeinsamen Gespräche behandelten unter anderem den Religionsunterricht an Schulen, den Reformationstag 2017 sowie die Zukunft der Staatskirchenverträge.

Das offene und freundschaftliche Gespräch dauerte weit länger als die geplante Stunde. Beide Seiten vereinbarten eine Fortsetzung der Treffen. „Politik und Kirche tragen gemeinsam Verantwortung für die Menschen in Schleswig-Holstein“, erklärte Landesbischof Gerhard Ulrich.

Beide Seiten vereinbarten, die Treffen regelmäßig fort zu setzen. Callsen: „Für die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag ist und bleibt der christliche Glaube das Fundament unserer Politik. Die Grundwerte unserer Verfassung sind auch die Grundwerte des Christentums“.

Die CDU setze sich deshalb weiter für einen konfessionsgebundenen, weltoffenen und modernen Religionsunterricht an Schulen ein, fuhr Callsen fort. Islamische Schülerinnen und Schüler sollen im deutschsprachigen Islamunterricht die Möglichkeit erhalten, ihre Religion näher kennen zu lernen.

Landesbischof Gerhard Ulrich bedankte sich in dem Gespräch für die klare Positionierung des gesamten Schleswig-Holsteinischen Landtages zur 500. Jährgung des Thesenanschlags an der Wittenberger Schlosskirche durch Martin Luther. Auf Initiative der CDU Landtagsfraktion wurde der Landtag aufgefordert, den 31. Oktober 2017 zu einem einmaligen Feiertag zu ernennen.

„Hier wird anerkannt, zu welch tiefgreifenden Veränderungen in Politik und Gesellschaft die Reformation geführt hat“, so der Landesbischof.

---

### **Streichungspläne der Landesregierung bei der Polizei Im Kreis Plön drohen polizeifreie Zonen**



Die Teilnehmer des Gesprächs

Die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Astrid Damerow, und der örtliche Abgeordnete Peter Sönnichsen trafen sich vor dem Hintergrund der geplanten Schließung von Polizeistationen im Kreis Plön diese Woche zu Gesprächen mit Vertretern der Gewerkschaft der Polizei vor Ort.

Alle Beteiligten waren sich einig, dass die Polizei in ihrer Funktion als Bürgerpolizei erhalten bleiben müsse. Die Präsenz in der Fläche dürfe daher nicht gefährdet werden. Standortschließungen nach dem Rasenmäherprinzip, wie sie die Landesregierung plant,

würden der Struktur von Flächenkreisen nicht gerecht. Zudem betonten beide Seiten, dass ein weiterer Personalabbau im Polizeidienst die Handlungsfähigkeit beeinträchtigt. Daher sei die geplante Streichung von 282 Stellen im Polizeidienst unverantwortlich.

Damerow und Sönnichsen wiesen zudem darauf hin, dass bei Umsetzung der im Raum stehenden Schließungspläne im Kreis Plön polizeifreie Zonen drohten. Dies müsse unbedingt verhindert werden, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten und die Anbindung der Polizei an die Gesellschaft weiter sicher zu stellen.

---

### **Beratung des Grünlandumbruchgesetzes verschoben**

#### **Monatelanger Untätigkeit von SPD, Grünen und SSW folgen hektische Änderungen**

Der mehr als deutliche Unmut der Landwirte über den Entwurf des "Grünlanderhaltungsgesetzes" von Minister Habeck zeigte auf der Zielgrade des Gesetzgebungsprozesses doch noch Wirkung. Nachdem die Landesregierung die seit Monaten immer lauter werdende Kritik der Betroffenen beharrlich ignoriert hatte, wurde an diesem Dienstag die Ende letzter Woche angekündigte Änderung als Tischvorlage präsentiert.

Das geänderte Gesetz will die Koalition nun in einer Mittagspause am Rande der Landtagssitzung abschließend beraten und dem Landtag zuleiten.

Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers, bezeichnete den Umgang von SPD, Grünen und SSW als unerträglich.

„Seit Juni gab es berechtigte Kritik der Landwirte über die geplanten enteignungsgleichen Nutzungsbeschränkungen. Monatelang haben SPD, Grüne und SSW die Kritik ignoriert. Erst heute wurde in letzter Minute eine umfangreiche Tischvorlage präsentiert, über die nächste Woche der Landtag abstimmen soll. Dieser handwerkliche Murks ist unerträglich“, so Rickers am Dienstag.

In den vergangenen Monaten war die Stimmung zwischen den Beteiligten in der Landwirtschaft und dem Minister Habeck aufgrund der Kompromisslosigkeit von Seiten der Landesregierung immer weiter hoch gekocht. Beobachter fürchteten, dass es ohne Änderungen am Gesetzentwurf zu präventiven Grünlandumbrüchen vor in Krafttreten des Gesetzes kommen könnte, um sich vor den enteignungsgleichen Folgen des Gesetzes zu schützen.



Heiner Rickers, MdL

## Landtagsvorschau

### CDU zwingt Landesregierung zum Farbe bekennen

Kommenden Mittwoch, den 25. September, tritt der Schleswig-Holsteinische Landtag zur 14. Plenartagung der 18. Wahlperiode zusammen. Kernpunkte des Landtags sind vor allem die Debatte um den Landeshaushalt 2014, der Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Korruptionsregisters, das Mindestlohngesetz, der Gesetzentwurf für ein neues Schulgesetz, sowie eine aktuelle Stunde auf Antrag der FDP-Fraktion zum Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat.

Auf Antrag der CDU debattiert der Landtag auch über die Taktverdichtung bei der AKN im Zuge des Ausbaus der A7, den Weiterbau der A20 sowie unter anderem über ein gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen.

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)